

Weg frei für Fracking?

Bürgerinitiative blickt mit Sorge auf Entwicklungen

HAVIXBECK. Die Mitglieder der „Bürgerinitiative Havixbeck“ diskutierten über die Entwicklungen zum Thema „Fracking“ mit großer Sorge. „Zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung NRW bestehen hier total gegensätzliche Auffassungen“, so Roland Schmidt, Sprecher der Bürgerinitiative (BI), in einer Pressemitteilung. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft habe zwar für ihre Regierungszeit Fracking in NRW komplett ausgeschlossen, aber aus Berlin kämen dazu widersprüchliche Signale.

Sowohl Wirtschaftsminister Gabriel als auch Umweltministerin Hendricks vermittelten mit ihrer Aussage, Fracking oberhalb von 3000 Metern werde nur für wissenschaftliche Probebohrungen genehmigt, als wäre damit ein Verbot umgesetzt.

„Im Umkehrschluss kann man davon ausgehen, dass unterhalb von 3000 Metern künftig munter gefracked werden könnte, denn die interessanten Erdgasfelder sind in diesen tieferen Schichten“, so Schmidt. Und dies, obwohl beide Minister in ihrer Presseerklärung zugaben: „Wir können derzeit beim Fracking im Schiefergestein mangels eigener nationaler Erfahrungen die Auswirkungen noch nicht abschätzen.“

Die Bürgerinitiative empfiehlt den Politikern in die USA und nach Kanada blicken, wo es mittlerweile sehr große Erfahrungen mit dieser Methode gebe. Sie könnten sich mit Louis W. Allstadt, dem ehemaligen Vizepräsidenten von Exxon-Mobil unterhalten. In seiner 31-jährigen Tätigkeit in den USA und Asien habe er vielfältige Erfahrungen gesam-

melt. Diese gingen soweit, dass er auf Vorträgen vor den Gefahren des Fracking nachdrücklich warnt. Nicht nur die eingesetzten Chemikalien bedeuteten eine große Gefahr für den Wasserhaushalt, sondern das durch die Bohrungen freigesetzte Methangas sei eine noch viel größere Gefahr für den Klimawandel. Es sei ein erheblich stärkeres Treibhausgas als Kohlendioxid.

„Vielleicht sollten sich unsere Politiker diese Unterlagen einmal anschauen und dann eine einheitliche Linie fahren“, erklärt Roland Schmidt für die BI. „Es würde sehr viel mehr zu ihrer Glaubwürdigkeit beitragen und helfen, die wachsende Besorgnis der Bürger im Münsterland vor den unübersehbaren Folgen des Frackings wieder abzubauen.“

WN 23.7.14